

Da fließt ein Jahrhundert voll

Historikerstudenten gelobten auf ihrer Studentenkonferenz „50 Jahre deutsch-sowjetische Beziehungen“, in der vordersten Reihe für die Verwirklichung der Ideale der Oktoberrevolution zu streiten, unser sozialistisches Haus fest und schön zu gestalten.

Schlusswort auf der Konferenz, gehalten von Prof. Dr. Manfred BENSING

Wie immer in diesen Tagen Menschen zusammenkommen, das bedeutendste Ereignis der Menschheitsgeschichte, die Große Oktoberrevolution, zu begehen, nachempfinden sie die Worte Majakowskis aus dem „Oktoberpoem“:

Freude stimmt!
Da fließt ein Jahrhundert voll!
Das Dasein ist herrlich!
Das Leben ist wundervoll!

Das schrieb der Dichter diese Verse in einer Zeit, als sein Land aus tausend Wunden blühte, russischen Arbeiter und Bauern hatten ihre Freiheit erstritten; aber sie standen auf den Trümmern einer alten Welt, die ein unbeschreibliches Elend, Hunger und Leid hinterlassen hatte. Das Dasein ist herrlich, das Leben ist wundervoll!

Was ist herrlicher, was schöner als der Mensch. In hundert Klassenschichten Geschichte hätte das einfache Volk einen Ausweg gefunden, das Glück der Freiheit genießen können. Aber ein Augenblick, weil es niedergedrückt wurde oder die gesellschaftlichen Bedingungen für die Ende jeglicher Ausbeutung noch nicht reif waren. Ganz anders jetzt. Viele werden das erkennen nicht sofort begreifen haben. Aber jene, die Gesetzmäßigkeiten des gesellschaftlichen Prozesses wußten, sie blühten klarer und weit in die Zukunft, sahen, wie mit der Herrschaft der Arbeiterklasse, wie mit der Freisetzung der unerschöpflichen Volksmacht um Schritt nach Osten, Elend, Hunger, Verdrängung der ganzen Ausbeuterklasse, die Revolution der russischen Arbeiter und Bauern ist erst der Anfang, und am nächsten Ende wird die befreite Menschheit leben.

Bei dieser Revolution wogen alle Taten des Menschen schwerer. Wie mühsam mußten sich in den vergangenen Jahrhunderten die Ausbeuter gegen jeden gesellschaftlichen Fortschritt erkämpfen. Kraft und gesellschaftliches Schöpferumvermögen nur nicht zur Erfüllung oder wurde durch die Reaktion absorbiert. Nach dem roten Oktober schritt zum ersten Male allein das Volk den Weg der Freiheit und des Wohlstandes. Die Wirkung seiner individuellen und kollektiven Taten wurde größer, schwerer, weil in der sozialistischen Gesellschaft alle Hindernisse für die unaufhaltsame Entwicklung beseitigt sind. Mit dieser Revolution schuf die Arbeiterklasse der noch imperialistischen Länder Hoffnung, und das Friedensrecht, mit dem die junge Sowjetmacht ins Leben trat, verleiht der Menschheit Befreiung von der Geißel des Krieges.

Die Arbeit in fleißiger Arbeit diesen Prozeß auf der zahllosen Gebiete verfolgt und nachschaut, hat das Gewicht empfunden, das der rote Oktober auch für unsere Geschichte besitzt. Nachdem wir heute hier sozusagen streng wissenschaftliche Beiträge zu hören bekamen, konnte uns von uns entgehen, wie für euch selbst mit der großen Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen und Freundschaft identifiziert habt. Ich glaube, aus den meisten Beiträgen auch den der Verfasser darauf herausgehört zu haben, daß der lebendige und Mitgestalter unserer Epoche zu sein mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begann. Auch das meint Majakowski, wenn er das Dasein herrlich, das Leben wundervoll, das Glück der Menschen steigt mit dem Fortschritt, den sie zur Höherentwicklung der Gesellschaft geleistet und mit dem sie Spuren hinterlassen haben. Aber welche Generation war wie die unsere – von den Mitkämpfern und Zeitgenossen der Oktoberrevolution bis zu den jungen Kräften der entwickelten sozialistischen Gesellschaft – je in der vollen neuen Richtung leben zu können, zu unserer Erde die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen. Kommende Generationen werden uns fragen, wo wir in dieser entscheidenden Zeit gestanden, was wir getan haben, was durch unsere häufige gute Tat für den Sozialismus, beantwortet wir für uns diese Frage.

„Ein Jahrhundert fließt voll“, schrieb Majakowski, unser Jahrhundert wird mit seinen zwei Jahrhunderten, mit den schrecklichsten Vernichtungsakten, die je Menschengeist erfand, mit den furchtbaren Kriegen und dem unermesslichen Krieg amoklaufenden Imperialismus gegen das Volk. In den nachfolgenden Generationen als ein blutiges und grauenhaftes erscheinen. Aber im Gedächtnis kommender Generationen werden die Schüsse der Aurora lebendiger sein als die Untaten der imperialistischen Kriege. Man wird die Sternstunden der Menschheit besingen, wenn vom Imperialismus keine Spur mehr erhalten ist.

Ein Jahrhundert wird auch als jenes in die Geschichte eingehen, in dem zum ersten Mal die unerschöpfliche menschliche Vernunft und kulturellere Kriege ausgeschaltet wurde. Man wird sich vergegenwärtigen: noch vor wenigen Jahrhunderten waren die Völker den blühtenden Augen des imperialistischen Raubkrieges ausge-

In der Märznummer 1967 der Zeitschrift „Revue Militaire General“ ist unter der Überschrift „Wissenschaft, Technik und Politik“ ein Vortrag des Bonner Generals Speidel gedruckt, in dem in die Wissenschaftler Westdeutschlands einige unverfälschte Forderungen gerichtet werden. Aber auch was darin noch theoretisch verklärt ist, wird vollkommen durchsichtig, wenn man den jetzt als Bundestagsdrucksache V2004 zusammengestellten sogenannten Bundesbericht Forschung II der Bonner Regierung danebenlegt. Doch geben wir der Reihe nach. Lesen wir zuerst, was der ehemalige Hiltnergeneral den Wissenschaftlern der Bundesrepublik zu sagen hat.

Er wünscht sich „die Herbeiführung einer lebendigen Beziehung von wissenschaftlicher Forschung, naturwissenschaftlich-technischen Entwicklungen und politischer Entscheidung“, da diese Beziehung für Qualität und Rang der „außenpolitischen Handlungsfreiheit von fundamentaler Bedeutung“ sei, aber er beachtet sich auch – damit keine Irrtümer aufkommen – der Wissenschaft ihren Platz und ihre Grenzen in diesem System anzuweisen: „Es gibt keine Wissenschaft an sich, deren Ergebnisse jenseits existenzieller Entscheidungen gesichert werden könnten, und keine Politik, die heute ohne die Kenntnis und Inanspruchnahme wissenschaftlicher Ergebnisse und Arbeitsmethoden auskäme. Deshalb ist die Vorstellung irrig, die Wissenschaft könne oder solle durch rein sachgebundene Erkenntnisse politische Entscheidungen praktisch ersetzen. In solchem Sinne von ‚Verwissenschaftlichung der Politik‘ zu sprechen scheint mir im Hinblick auf die Möglichkeiten der Wissenschaft und auf das Wesen des Politischen unrealistisch.“ Demjenigen, die angesichts dieser Grenzbeziehung für die Wissenschaft und der Erhebung der Politik in ein Bereich, das der rationalen Wissenschaft nicht zugänglich ist, Verdacht schöpfen, wird ein platonisches „Tröstplättchen“ gereicht: die Wissenschaft solle mehr als ein Werkzeug sein, ihre Freiheit solle nicht angestrebt werden. Gleich darauf schneidet der General jedoch wieder reinen Wein ein: „Politische Macht beruht darauf, daß sie alle die Gesellschaft bestimmenden Faktoren zu integrieren vermag.“

Welche konkreten Leistungen verlangt nun Speidel von den in diesem Sinne zu integrierenden Gesellschafts-, Natur- und technischen Wissenschaften hinsichtlich „außenpolitischer (sprich: expansionspolitischer – die Red.) Urteilsbildung und Entscheidung“? Unter anderem nennt er:

- „Opportunität und Wirksamkeit“ eines vollständigen Teststopps in Bezug auf die Weiterentwicklung und Weiterverbreitung nuklearer Waffen sollen beurteilt werden (also nicht um seine Realisierung geht es)
- „Die modernen, hochkomplizierten Waffensysteme üben in Handhabung, Weiterentwicklung oder Ausschaltung entscheidenden Einfluß auf die wissenschaftlich, vor allem technisch qualifizierter Sachverständigen hier für den Politiker und Soldaten unabdingbar.“
- Er empfiehlt den westdeutschen Hochschuldozenten einen Besuch der österreichischen Rektorenkonferenz als Vorbild, der eig. Bekenntnis zur Notwendigkeit einer „gelagten Landesverteidigung“ und eines entsprechenden erzieherischen Wirkens der Hochschuldozenten enthält.
- Wirtschaftswissenschaftliche, kybernetische, soziologische und „soziologische“ Fachkenntnisse sollen die Entwicklungsprozesse in den sozialistischen Ländern erfassen helfen.
- Unmittelbar militärische Projekte und Entwicklungen sollen ebenso Gegenstand wissenschaftlichen Wirkens sein wie Probleme der westeuropäischen technischen Kooperation in CERN, EURATOM und den Raketenprogrammen ELDO und ESRA.

Wissenschaft als Magd der Generale

Das Integrationsprogramm der Militärs und alarmierende Fakten eines Regierungsberichts

Speidel versucht die Wissenschaftler zu betören, indem er feststellt, die machtpolitischen Möglichkeiten, die Wissenschaft und Technik den Politikern in die Hand geben, seien ein Beitrag zum Erhalt einer politischen Schwebelage und einer wissenschaftlich-technischen Pattsituation gegenüber den sozialistischen Ländern, in der mit friedlichen Mitteln die außenpolitische Handlungsfreiheit erweitert werden könne. Konkreter äußert er sich darüber aber nicht. Er bemerkt noch: „Solche Einsichten sind für uns Deutsche bei der Teilung unserer Heimat, der Teilung Europas von besonderer Bedeutung! Ihr Fortbestand bleibt eine schwere Belastung für unsere politische Gesamtheit.“ Er schneidet sich aber förmlich selbst das Wort ab mit der Bemerkung: „Doch, dies ist ein weites Feld!“

Diese salbungsvollen Worte über eine angebliche Einheit von Wissenschaft und Politik im Bonner Staat und dieses ökonomische Geschwätz über den Zweck der Kriegsmaschinerie, die die Wissenschaftler mit aufbauen und funktionstüchtig machen sollen, sind jedoch nur das eine Mittel zu ihrer Integration in das aggressive System. Das andere umschreibt der General mit der Bemerkung, nicht nur Panzer oder Düsenjäger hätten ihren hohen Preis, sondern auch die wissenschaftliche Arbeit. Der Forschungsbericht II der Bundesregierung macht deutlich, was das heißt: Auf Kosten der Forschung und Ausbildung für friedliche Zwecke werden zahlreiche Wissenschaftler korruptiert, sich für schmutzige Ziele herzugeben. Wieviel wert das Versprechen Speidels ist, die Freiheit

der Wissenschaft werde gewahrt, zeigen einige Zahlen aus dem Etat der Wissenschafts-Förderungsprogramme aus. Die Gesamtsumme der Mittel für diese Programme, deren wesentlicher Bestandteil solche militärisch relevanten Gebiete wie Kern- und Raketentechnik sind und die auch die direkte „Verteidigungsforschung“ einschließen, stiegen von 1963 bis 1967 von 1,2 Mrd. auf 3 Mrd. DM. Davon entfielen auf die „Verteidigungsforschung“ vor fünf Jahren 499,3 Mio. DM, 1967 sind es 1002,6 Mio.

Wie weit die Forderungen Speidels zielen, wird erst angesichts dieser Zahlen und weiterer Fakten aus dem Bericht deutlich, die zeigen, daß die Wissenschaft bereits heute in hohem Maße in den Diensten der militaristischen Konzeption Bonn steht. Mehr als 120 Hochschulinststitute und 65 weitere Institute arbeiten unmittelbar mit dem Kriegsministerium zusammen, das es sich leisten kann, im wesentlichen auf eigene Forschungseinrichtungen zu verzichten. Der Bericht läßt erkennen, daß es heute kaum noch ein Gebiet der Wissenschaft gibt, das nicht in irgendeiner Weise in die Verwirklichung der militärischen Pläne Bonn eingespannt ist. Aus dem Abschnitt „Forschung und Entwicklung für die Verteidigung“ seien nur einige der Schwerpunkte im Bereich der Naturwissenschaft und Technik genannt: Verbesserung der Feuerleistung mit Hilfe der Laser-Technik; Automation meteorologischer Messungen für die Waffensysteme; Nachrichtenübertragung für militärische Zwecke durch Satelliten; Ausbildung von Soldaten mit Hilfe programmierter Lehrmaschinen; Versuche, die Signal- und Informationsverarbeitung in biologischen Systemen, die die militärischen Nachrichtensysteme zu übertragen; maschinelles Erkennen von Sprache und Schrift und Sprachübersetzung; Operationsforschung und Rechenlogik. – Ähnlich ist es auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften.

Wenn aber ein General ungeachtet dieser bereits hochgradigen Ausnutzung der Wissenschaft weitreichende Forderungen anmeldet, dann ist wohl offensichtlich, daß die Militarisierung der Wissenschaft eine neue Stufe erreichen soll: die perfekte Eingliederung in ein wissenschaftsfeindliches System. G. L.

Bündnis gegen Studenten von SP-Schutz bis Neo-SA

Warnung an Studenten vor radikalen Gruppen

„Aktion 20. Konvent“ will Politisierung der studentischen Mitte

Junge Union Berlin appelliert an die Studentenschaft

Corpostudenten fordern gleiche Entlohnungsmöglichkeit

Studenten: Mittelweg am Rhein

Opposition gegen FU-ASIA

„Aktion 67“

Flughatt kritisiert den FU-ASIA

Arbeitsgemeinschaften haben sich zusammenschlossen

setzt, weil es der Imperialismus war, der das Übergewicht in der Welt besaß. Heute bestimmen die Kräfte des Sozialismus den Gang der Entwicklung, imperialistische Weltkriege sind keine Unvermeidlichkeit mehr.

In dem noch heute anhaltenden Ringen um die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa nahm Deutschland und nehmen heute die beiden deutschen Staaten einen wichtigen Platz ein. Wir sagen das nicht aus dem Bemühen, unsere Rolle in Europa besonders herauszustellen, uns selbst zu überheben, sondern weil die objektiven Verhältnisse so beschaffen sind, daß uns eine besondere Verantwortung für den Frieden und die Sicherheit auf dem europäischen Kontinent erwächst.

In folgendem ging Genosse Dr. Bensing auf den Zusammenhang zwischen der deutsch-sowjetischen Beziehung in den vergangenen 20 Jahren und dem Ringen um europäische Sicherheit ein. Er verneinte damit, diese in den meisten Beiträgen der Konferenz enthaltene wichtige Aspekt in den Vordergrund zu stellen und die Einzelverhältnisse zu verallgemeinern. Nützlich ist die Notwendigkeit der deutsch-sowjetischen Freundschaft als einer Lebensstrategie herausgehört habe. (Hilfreich ist auch:)

Die deutsch-sowjetische Freundschaft, früher dem Gegner abgezwungen, in einem schweren Kampf gepflegt oder illegal bewahrt, ist bei uns zur bestimmenden politischen Maxime geworden. Ich bin davon überzeugt, wenn spätere Generationen von den Wundern sprechen, die die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer revolutionären Partei im Osten Deutschlands und in der DDR vollbracht hat, dann werden sie an hervorragender Stelle darüber zu berichten haben, wie unsere Menschen, Jahrzehnte hindurch von nationalstaatlichen, chauvinistischen und antikommunistischen Gift verurteilt, nach 1945 in historisch kurzer Zeit diese Gefühle und Einstellungen und damit sich selbst überwinden, zu echten Freunden der Sowjetunion wurden.

Was Leuten wie CDU-Basel nicht alles einfällt, wenn sie anfangen, Angst zu kriegen vor den Aktionen progressiver westdeutscher und Westberliner Studenten. Sogar mehr tun für die Studenten, wollen sie (val. Faksimile). Für welche Studenten?

Basel, der Kölner Kardinal, der Studierverband der CDU Köln und einige andere „Honoratioren“ finanzierten z. B. den Wahlkampf einer in Köln neugegründeten studentischen „Aktion 67“, die noch im Wochenende mit immerhin 20 000 Wahlzetteln, ungezählten Plakaten, Zetteln, Flugblättern usw. in den Kampf um die Neubesetzung des Studentenparlamentes eintritt. Wer laut Befehl brüllte, war die National- und Soldatenzeitung der faschistischen NPD. Nicht ohne Grund, immerhin sind die Hälfte der „Aktionisten“ Mitglieder der reaktionärsten Studentenvereinigungen Westdeutschlands, der Korporationen; dazu kommen katholische Studentenverbindungen, die Studentengemeinden und ein paar andere. Ähnlich setzen sich gerartige Neugründungen in Westberlin („Aktion 20. Konvent“, „Hochschulkreis Junger Christlicher Demokraten“, „Vereinigte Arbeitsgemeinschaften an der FU“) und anderswo zusammen,

manchmal noch mit dem Studentenverband der CDU (RCDS).

Wie das Faksimile zeigt, richten die neuen Kämpfer die Feuer alle in eine Richtung. Die Springer-Pressen überschlugen sich übermäßig, diese Leute hochzuspielen. Und auch ein paar der bestehenden reaktionären Studentenverbände, wittern in dieser Atmosphäre Morgenluft. So die Westberliner „Freien Universität“ dank des Kampfes der demokratischen Kräfte bisher nicht zugelassen sind. Sie haben Grund zur Hoffnung, denn zahlreiche Politiker und Professoren – darunter auch der neue FU-Rektor – haben die Zulassung der Korporationen in dem ungeliebten und häßlichen Bemühen, Gegenwärtige gegen die Erfolge fortschrittlicher Studenten zu schaffen, schon mehrfach angekündigt.

Die interne Koalition der offenen und versteckten Faschisten von CDU-Basel bis SP-Schutz ist in dem Zwecke bereit sich selbst dem Teufel zu verbinden. Sogar der parteiigen „Schutztruppe“, die NP-Thadden dem Frontstadt-Chef Schütz ausdrücklich gegen die Studenten anbot.

Vor 35 Jahren hieß diese Truppe SA. Ma.

Diese Freundschaft läßt uns auch alle künftigen Prüfungen bestehen, und solche stehen bevor. Die deutschen Imperialisten und Militaristen waren niemals bereit, die Veränderungen, die im Gefolge der Oktoberrevolution in Europa und in Deutschland herbeigeführt worden sind, zu respektieren. Das von ihrem Exponenten F. J. Strauß vorgelegte Expansionsprogramm läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß der westdeutsche Imperialismus die Hitlerische Illusion von der „Neuordnung Europas“ teilt und sich in wahrwitziger Selbstüberschätzung und Fehleinschätzung der Realitäten anschließt, dieses Programm zu verwirklichen.

Dem Straußschen „Entwurf für Europa“ haben die kommunistischen und Arbeiterparteien Europas in Karlovy Vary ihren europäischen Friedensplan entgegengesetzt, und das immerhin durch 24 Parteien, hinter denen viele Millionen stehen. Es ist kein Zufall, daß in der „Erklärung für den Frieden und die Sicherheit in Europa“ die deutsche Frage in ihrer heutigen konkreten Gestalt einen zentralen Platz einnimmt. Denn die Bonner Außenvertretungsanmaßung, die Nichtanerkennung der Realitäten in Europa, ist nicht nur eine potentielle Kriegserklärung an die DDR, sondern sicherheitsgefährdend für die europäischen Völker und Staaten. Damit wird die Anerkennung des Status quo zur Grundlage der Friedensordnung in Europa, die Anerkennung der DDR zum Kernproblem für reale Fortschritte und für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit (Walter Ulbricht). Das erkennen immer mehr Völker und Regierungen auch kapitalistischer Länder. Die Bedingungen für die Schaffung einer europäischen Friedensordnung waren noch niemals so günstig wie heute. Deshalb verstärkt die westdeutsche Reaktion ihre anti-sowjetische Hetze.

Die friedliche Koexistenz in Europa durchsetzen,

bedeutet harten Klassenkampf auf allen Gebieten und verlangt von uns Anspannung unserer Kräfte. Die feste Basis für europäische Sicherheit sind die Erfolge der sozialistischen Völkergemeinschaft, auch unsere Erfolge bei der Aneignung der Wissenschaft und bei der Vermittlung des Besten, was wir besitzen: des Marxismus-Leninismus. Die Aneignung der fortgeschrittenen Wissenschaft durch euch, liebe Freunde, die Befähigung, sie anderen Menschen weiterzugeben, deren Herzen für den Marxismus-Leninismus zu erwärmen, ihre Hirne für ihn aufnahmebereit zu machen – das ist ein hoher gesellschaftlicher Auftrag, der der Größe unseres Kampfes im 50. Jahr der Oktoberrevolution entspricht.

Die europäische Sicherheit findet ihre feste Basis vor allem in der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Länder, in der unverwundlichen Verbundenheit unseres Volkes der DDR mit dem großen Sowjetvolk. Lassen wir uns an diesem Tage, da wir die Geschichte dieser Verbundenheit vor uns ausgebreitet haben, am Vorabend des 50. Jahrestages der Oktoberrevolution geloben:

Unsern Partei, unser sozialistisches Vaterland soll uns stets bereit finden, in der vordersten Reihe mit unserem Geist, durch unsere revolutionäre Tat und, wenn nötig, mit der Waffe für die Verwirklichung jener Ideale zu streiten, von denen die Signale des roten Oktober kündeten, bereit, unser sozialistisches Haus, das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus, fest und schön zu gestalten; fest, auf daß jeder Ansturm der Reaktion an ihm zusammenbricht, schön, auf daß es Anziehungskraft ausstrahlt und weithin sichtbar von der Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus künde.